

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

was benötigt eine Kommune - abgesehen von der finanziellen Ausstattung - um handlungsfähig zu sein und um, wie immer gerne gesagt wird, als „Konzern“ zu funktionieren? Das sind nicht die Straßen, Wege und Plätze oder die Gebäude, es sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne deren tägliche Arbeit und Einsatz „Verwaltung“ nicht funktionieren würde.

Lassen Sie mich für die SPD-Fraktion einige Ausführungen zu dem vorliegenden Stellenplan tätigen.

Jede 3. durch Fluktuation frei werdende Stelle ist im Zuge des Haushaltssicherungskonzeptes bis zum Jahr 2022 einzusparen oder zumindest vor Neubesetzung auf die Notwendigkeit hin zu überprüfen.

Jahr um Jahr steigen Arbeitsverdichtung und Herausforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, sei es durch neue Gesetze von Bund und Land oder durch die auch berechtigten Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger. Verwaltung setzt administrativ das um, was der Gesetzgeber vorgibt, und hat darüber hinaus den Bürgerinnen und Bürgern mit den zur Verfügung stehenden Mitteln weitestgehend gerecht zu werden. Die Frage nach dem Konnexitätsprinzip ist in den letzten Jahren aber leider zum Dauerthema geworden.

Seit dem Jahr 1995 beträgt der Konsolidierungsbeitrag der Beschäftigten der Stadt Kamen 88,2 Millionen €. Mit dem Abbau des Personalkörpers sind die sichersten Einsparungen dauerhaft zu erreichen. Das ist leider eine Tatsache. Trotzdem muss Verwaltung handlungsfähig bleiben.

Was nun zeichnet den vorliegenden Stellenplan für das Jahr 2018 aus?

Die Stellenausweisung 2018 erhöht sich im Vergleich zu 2017 um 21,74 VZÄ auf 424,648 Stellen.

Davon entfallen allein 17 Planstellen in den Bereich der Feuerwehr und des Rettungsdienstes, um der Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans Genüge zu tun. Hier geht es um die Sicherheit und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, auch der Nachbarkommunen, für die die Stadt Kamen diese Aufgabe mit übernimmt.

Die Stadt Kamen stellt sich ihren Herausforderungen. Dazu exemplarisch einige Ausführungen.

E-Government ist seit Jahren Thema. Wie auch außerhalb der öffentlichen Verwaltung wächst der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger, ihre Angelegenheiten auf digitalem Wege erledigen zu können. Digitale Verwaltung wird niemals den „analogen“ Menschen ersetzen. Nichts desto trotz gilt es, Prozesse einzuleiten und dort, wo es sinnvoll und zweckdienlich ist, ein digitales Angebot zu erstellen. Da eine wie von Bund und Land beschlossene E-Government-Einführung im Tagesgeschäft

der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nebenbei erledigt werden kann, wird daher im Bereich Innerer Service eine neue Stelle eingerichtet, die diese Aufgabe übernehmen soll.

Trotz knapper Kassen setzt die Stadt Kamen konsequent den von der Politik formulierten Gestaltungsanspruch um.

Öffentliche Verwaltung ist, insbesondere in der Förderlandschaft aber auch was die Interessenslagen privater Akteure im Zusammenhang mit Verwaltungshandeln angeht, in den letzten Jahren komplexer geworden. Hierfür wird eine neue Stelle für juristische Angelegenheiten eingerichtet. Dadurch können Fremdvergaben minimiert werden und rechtssicheres schnelles Verwaltungshandeln gewährleistet werden.

Gleiches gilt für die neu geschaffene Stelle des Elektrikers. In diesem Bereich kann die Verwaltung zukünftig flexibler und kostengünstiger agieren, wenn kleinere Aufträge quasi hausintern erledigt werden können.

Ende Oktober erreichte uns die Nachricht, dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit bis zum Jahr 2021 gesichert sei. Trotzdem uns diese Nachricht froh stimmte, kam diese wie auch die Jahre zuvor sehr spät. Sie sichert wieder nur befristet die geschätzten Kolleginnen und Kollegen und ihre Arbeit ab. Wäre das Konnexitätsprinzip heute mehr als eine Worthülse, so hätten sich die Kolleginnen und Kollegen letztmalig beim Arbeitsamt arbeitslos melden müssen. Das bleibt nunmehr wie die Jahre zuvor abzuwarten. Hier fordern wir weiterhin eine dauerhafte Lösung durch die Landesregierung!!!

Nach zwölf Jahren ist rückwirkend zum 01.01.2017 die neue Entgeltordnung TVöD für den Bereich der VKA in Kraft getreten. Für etwa 1/3 aller Beschäftigten der Stadt Kamen bedeutet das eine finanzielle Verbesserung. Wenn auch nicht immer sofort, dann aber doch zukünftig im Rahmen der Tarifautomatik wird sich das im Geldbeutel bemerkbar machen. Nutznießer sind der mittlere und der gehobene Dienst, exemplarisch sind hier zum Beispiel die Schulsekretärinnen zu nennen.

Leider findet sich auch in der neuen Entgeltordnung wieder kein Bewertungskriterium, das den oft schwierigen Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern würdigt. Auch wenn Verwaltung heute in vielen Teilen zu Recht als Dienstleister gesehen wird, nehmen die schwierigen Vorgänge gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, zu. Schwierig dahingehend, dass Entscheidungen nicht akzeptiert werden, obwohl es sich um hoheitliche Entscheidungen handelt. Dass die Verhandlungspartner dieses Kriterium außer Acht lassen ist sehr bedauerlich.

Inklusive der geplanten neun Ausbildungsplätze bildet die Stadt Kamen Ende 2018 insgesamt 22 Auszubildende in den unterschiedlichen Berufen aus. Zusätzlich sollen drei Brandmeisteranwärter ab April 2018 ausgebildet werden. Die Ausbildung bei der Stadt Kamen erfolgt aufgrund der spezifischen

Inhalte erst einmal für den eigenen Bedarf. Im Bereich der gewerblichen Berufe ist natürlich immer die Möglichkeit gegeben, auch in der freien Wirtschaft unter zu kommen. Nichts desto trotz bildet die Stadt Kamen aus, um jungen Menschen eine sichere Perspektive zu geben und auch um dem demographischen Wandel entgegen zu treten. Ausbildung ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, der sich die Stadt Kamen, auch durch die Vielzahl an durch die IHK-geprüften Ausbilder und Praxisprüfer für die Beamtenanwärter, gerne und wohlüberlegt stellt. Bemerkenswert ist hierbei die Vielzahl derjenigen, die diese Aufgaben freiwillig zusätzlich zum Regelgeschäft übernehmen. Das Interesse, neue Kolleginnen und Kollegen auszubilden wird weder zusätzlich bezahlt, z.B. durch Zulagen, noch zeitlich durch zum Beispiel Freistellung erleichtert, das wäre auch praktisch kaum möglich. Deshalb möchte ich im Namen der SPD-Fraktion meinen Dank all denjenigen aussprechen, die diese zusätzliche Aufgabe auf sich nehmen.

Denn nur so kann der Konzern Kommune handlungs- und zukunftsfähig bleiben und sich den steigenden Herausforderungen positiv und mit gutem Ergebnis stellen.

Für den unermüdlichen Arbeitseinsatz und die erreichten Ergebnisse und Ziele möchte ich hier im Namen der SPD-Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meinen Dank aussprechen!

Dem vorliegenden Stellenplan werden wir zustimmen.